

EU-Länder fordern Altersbegrenzung für TikTok & Co. - Schützt unsere Kinder!

EU-Länder fordern Altersbeschränkungen für soziale Medien, um Kinder besser zu schützen. Neue Maßnahmen zur Alterskontrolle geplant.



Frankreich, Europa - Die Diskussion um die Sicherheit von Kindern im Internet hat in den letzten Monaten an Fahrt aufgenommen. Plattformen wie TikTok, Instagram und YouTube stehen im Fokus, da mehrere EU-Länder, darunter Frankreich, Griechenland und Dänemark, die Forderung nach strengen Altersbeschränkungen erheben. Diese Länder waren sich einig, dass eine Nutzung dieser Apps erst ab 15 Jahren erlaubt sein sollte, und fordern eine strikte Alterskontrolle zur Verifizierung der Nutzer. Aktuell liegt das Mindestalter für TikTok, Instagram, Snapchat und X (ehemals Twitter) bei 13 Jahren, während YouTube und Tumblr erst ab 16 Jahren genutzt werden dürfen.

Jedoch müssen sich Nutzer lediglich bei der Anmeldung mit ihrem Geburtsdatum ausweisen, was eine tatsächliche Alterskontrolle effektiv ausschließt. Laut der französischen Digitalministerin Clara Chappaz erstellen Kinder im Durchschnitt bereits im Alter von sieben bis acht Jahren ihre Konten auf diesen Plattformen.

Frankreich plant daher, ein Gesetz durchzusetzen, das Plattformen zur Einholung einer Erlaubnis der Eltern für minderjährige Nutzer verpflichtet. Dieses Gesetz wurde bereits 2023 verabschiedet, wartet jedoch noch auf die Zustimmung aus Brüssel. Unterstützung für diese Maßnahmen kommt auch aus Spanien, Slowenien und Zypern. Die Länder betonen die Vielzahl an Gefahren, die Kinder im Internet ausgesetzt sind, darunter Mobbing, Hassrede, extreme Abnehm Tipps sowie pornographische Inhalte. Übermäßige Bildschirmzeit kann zudem Angststörungen und Depressionen verschlimmern, was die Dringlichkeit von Maßnahmen zur altersgerechten Nutzung dieser Apps unterstreicht.

EU-Kommission auf der Suche nach Sicherheitslösungen

Um ein sichereres Online-Umfeld für Kinder zu schaffen, hat die EU-Kommission Maßnahmen angekündigt, die auch die Altersverifikation stärken sollen. Henna Virkkunen, Exekutiv-Vizepräsidentin, betont die Priorität, die Sicherheit von Kindern im Internet zu gewährleisten. Der Entwurf der neuen Richtlinien wird im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste veröffentlicht und sieht eine Vielzahl von Maßnahmen vor. Dazu gehören die Überprüfung des Alters der Nutzer, eine Verbesserung der Inhaltsempfehlungen, das standardmäßige Setzen von Kinderkonten auf privat sowie die Moderation kindersicherer Inhalte. Öffentlichkeitsbeteiligung ist bereits angelaufen, mit Rückmeldemöglichkeiten bis zum 10. Juni 2025.

Geplante Maßnahmen werden nicht nur große Online-Plattformen betreffen, sondern auch kleinere Anbieter im

digitalen Raum. Ein digitales Konzept zur Verwaltung persönlicher Daten soll den Nutzern in Zukunft ermöglichen, ihr Alter sicher zu überprüfen, ohne ihre gesamten persönlichen Daten preiszugeben. Die EU-Kommission hat zudem Ermittlungen gegen mehrere Plattformen eingeleitet, darunter TikTok und Meta, aufgrund mutmaßlicher Mängel im Schutz von Kindern. Sollte sich das zutreffend werden, drohen diesen Unternehmen hohe Bußgelder.

Die aufkeimende Debatte und Initiativen zeigen, wie ernsthaft die EU-Länder an einer Reform der Regulierung von Online-Plattformen arbeiten, um Kinder und Jugendliche besser zu schützen. Es bleibt abzuwarten, wie schnell und umfassend die neuen Regelungen umgesetzt werden können.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Frankreich, Europa
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.krone.at• digital-strategy.ec.europa.eu• www.stern.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at